Dornieden

der ID macht im september sommerpause

# Informations-Dienst

## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.46 4.8.1974

INLAND



AUSLAND



DOKUMENTATION



verzeichnis der ausländischen nachrichtedienste

LNS - liberation news service, 160 claremont ave. new york, 10027, usa
PTS - peoples translation service, 2490 channing way, rm.501, berkeley, ca., usa
IPS - internationale presseschau, 1040 wien, belvederegasse 10, österreich
OFFENSIV LINKS - 1090 wien, porzellangasse 33a, östrreich
BIG FLAME - liverpool 13, woburn hill 22, england
PRENSA LATINA - 10 rue talma, 75 paris XVI, frankreich


6 frankfurt 1
homburgerstr.36
tel:0611/77 46 96

postscheckkto.ffm
w.spruck, ffm.60
nr.52 52 28-602

bürozeiten:
mo, mi, fr, 11-15 uhr

redaktionsschluß:
freitag 20 uhr

verantwortlich:
walter spruck
6000 ffm
karbenerstr.1

kontaktzentren:

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr.79
tel.:44 40 03

463 bochum-querenbg.
ev.stud.gemeinde
lennershofstr.66/VIII
tel.:70 14 65

5 köln
pol.buchladen
zülpicherstr.197
tel.:44 61 71

74 tübingen
aktion pol.buchl.
nauklerstr.20

8 münchen
basis buchhandlung
adalbertstr.41 b
tel.:280 95 22

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelsstr.62
tel.:(01)39 12 67

monatsabo 6.-dm gegen vorkasse

WEST-BERLIN (ID)
19. juli

## KAMPAGNE GEGEN DIE URTEILE IM LUFTWAFFEN-PROZESS IN CHILE/AMNESTY INTERNATIONAL

vor wenigen tagen sind die urteile im prozeß gegen verfassungstreue luftwaffenangehörige verkündet worden. die verhandlungen haben die ganze unmenschlichkeit der haftbedingungen und die haltlosigkeit der scheinjuristischen argumentation an die öffentlichkeit gebracht(siehe hierzu u.a. dokumentation zum luftwaffenprozeß I und II, hrsg. v. chile-nachrichten, c/o esg, 1 berlin 31, koblenzer str. 8).

die urteile sind von extremer härte. sechsmal wurde die todesstrafe beantragt und viermal verkündet. wir schlagen eine kampagne gegen diese urteile vor aus folgenden überlegungen: ziel der kampagne ist es, den internationalen druck auf die junta, der sich als derzeit wirksamste einflußmöglichkeit erwiesen hat, zu verstärken, und möglichst viele außerhalb chiles in den antifaschistischen protest einzubeziehen. der luftwaffenprozeß eignet sich besonders gut, weil seine juristische unhaltbarkeit offen zutage liegt und bereits zu einem politischen bumerang für die junta geworden ist. deshalb gibt es reale chancen, etwas für das schicksal der verurteilten patrioten zu erreichen. vor allem aber kommt dem prozeß eine präzedenzwirkung für kommende prozesse in anderen waffengattungen und gegen die politischen führer der up zu, sowohl hinsichtlich der juristischen argumentation, als auch der reaktion des auslands.

wir schlagen vor, daß die kampagne die konkrete forderung auf umwandlung der strafen in "verbannung" (extrañamientol) aufnimmt. dies stellt ein realisierbares ziel angesichts der situation in chile dar. das bedeutet nicht, daß die forderung nach freiheit für alle politischen gefangenen aufgegeben wird. aber die umwandlung einer todes- oder langjährigen freiheitsstrafe in "verbannung" würde eine wichtige politische niederlage für die junta und damit ein schritt zu dem ziel der freiheit aller politischen gefangenen bedeuten. indem die forderung nach "verbannung" mit der bereitschaft verbunden wird, die verurteilten im eigenen land aufzunehmen, wird ein beitrag zu einer internationalen demokratischen solidarität geleistet und sichtbar gemacht.

als formalen ausdruck der kampagne schlagen wir die massenhafte absendung von briefen nach chile vor. die briefe sind zu adressieren an 1. den luftwaffengeneral berdichewsky, der für die bestätigung oder umwandlung der strafen zuständig ist.

andere briefe können von fortschrittlichen juristen und deren organisationen versandt werden. sie richten sich an den präsidenten der anwaltskammer von chile. muster beider briefe bekommt man bei amnesty international, 1000 west-berlin 19, angerburger allee 43, tel. 030/3045401 .

diese briefe sollten von den absendem selbst auf eigenem briefpapier, möglichst mit entsprechenden institutionellen briefköpfen, geschrieben werden. veränderungen in den formulierungen, auch briefe in anderen sprachen und an andere adressen sind wünschenswert, um den eindruck einer breiten öffentlichkeit zu verstärken. unterstützende aktionen mit vorgedruckten postkarten etc. können regional organisiert werden. bitte vervielfältigt und verbreitet diesen aufruf.

general del aire st. josé berdichewsky
comando de combate
fuerza aérea de chile
ministerio de defensa nacional
santiago de chile

general sr. augusto pinocher ugarte
jefe supremo de la nación
edificio diego portales
santiago de chile

general sr. gustavo leigh guzmán
comandante en jefe de la fuerza aéra de chile
edificio diego portales
santiago de chile

senor alejandro silva bascuñán
presidente del consejo general del
colegio de abogados de chile.
ahumada 341, 2° piso
santiago de chile

MANNHEIM (ID)
27. juli

## BERICHTE VON FOLTERUNGEN

nach bisher bruchstückhaft zu uns gekommenen berichter sollen pfingsten 1974 im gefängnis mannheim, herzogenriedstr. 111, nahezu einhundert gefangene in ihren zellen von aufsehern geschlagen worden ein. ein rollkomando von aufsehern mit karabinern soll in die zellen eingedrungen sein und gedroht haben, jeden zu erschießen, der widerstand leistet. zwei ausländer wurden dabei von den aufsehern schwer verletzt. ob noch weitere gefangene verletzt wurden, ist noch unbekannt. nach angaben eines gefangenen war ein teil der schläger, die in die zellen eindrangen, betrunken.
bereits in der nacht vom 26. zum 27. dezember 1973 wurde in der jva mannheim der gefangene vaas von einem rollkommando in seiner zelle getötet. später wurden andere gefangene, die davon wußten, mit alkohol und angeblich auch mit rauschdrogen bestochen und von den beamten massiv bedroht, damit nichts nach außen dringt.

nach einem bericht aus der jva mannheim wurde am 17.7. wieder ein gefangener von aufsehern geschlagen, und am 18.7. soll ein lebloser körper im krankenwagen aus dem gefängnis weggebracht worden sein. gefangene benachrichtigten darauf die kriminalpolizei in mannheim, die jedoch nicht darauf reagierte.

KÖLN (ID)
2. juli

## JUGENDVERTRETER GEFEUERT !

anfang juli wurde bei der firma kolb (maschinenbau. - mittelbetrieb: 400 - 500 beschäftigte/ca. 50 lehrlinge) ein jugendvertreter gekündigt, der bei auseinandersetzungen mehrfach als sprecher seiner kollegen aufgetreten war. als kündigungsvorwand diente ein e halbtägige abwesenheit vom arbeitsplatz. der betriebsrat stimmte der kündigung zu, ebenso verweigerte die ig metall dem jugendvertreter den fälligen rechtsschutz. (verantwortlich für derartige angelegenheiten ist bei der ortsstelle köln das mitglied des juso-bundesvorstandes hawreliuk.)

der rechtsschutz wurde verweigert, obwohl nach juristischen kriterien gute erfolgsaussichten für eine klage bestanden. so darf nach der herrschenden rechtssprechung ein ausbildungsverhältnis nur dann gekündigt werden, wenn eine fortsetzung der ausbildung dem betrieb unter keinen umständen mehr zugemutet werden kann. fehlen reicht dazu nicht aus, auch die fachlichen und schulischen leistungen des gekündigten lagen zwischen gut und befriedigend, so daß eine gefährdung des ausbildungsziels nicht gegeben war. außerdem war der kollege jugendvertreter und unterlag zusätzlichem kündigungsschutz. jedem kollegen war klar, daß der wahre kündigungsgrund in der politischen tätigkeit des jugendvertreters lag, er wurde gekündigt, weil und nicht obwohl er jugendvertreter war.

als bekannt wurde, daß die gewerkschaft keinen rechtsschutz gewährte, traten zahlreiche kollegen aus protest aus der ig m aus.

(= kölscher klüngel)

KÖLN (ID)
2. juli

## ORDNUNGSAMT VERBIETET STRASSENVERKAUF OPPOSITIONELLER ZEITUNG

die heinzelpress wurde bisher regelmäßig auf der schildergasse verkauft. drei jahre lang haben wir mit dem verkauf unserer zeitung auf der straße ganz gute erfahrungen gemacht. jetzt ist uns durch das ordnungsamt der weitere straßenverkauf untersagt worden. um auf der straße zeitungen verkaufen zu dürfen, braucht man zweierlei: 1. eine reisegewerbekarte 2. eine sondergenehmigung der stadt. eine reisegewerbekarte bekommt man relativ leicht. man klappert 3 verschiedene behörden ab, läßt sich unter anderem bescheinigen, daß man stets pünktlich seine steuern bezahlt(&als lohnsteuerzahler kann man ja kaum unpünktlich zahlen), zahlt dm 50,-, wartet 3 bis 4 wochen und kriegt dann eine reisegewerbekarte.

die sondergenehmigung der stadt braucht man, weil man beim zeitungsverkauf sonderbenutzung der straße betreibt, d.h. die der "allgemeinheit" gehörende straße über das normale maß "strapaziert". der verkehrsfluß wird angeblich stark gehemmt. wie bekommt man diese sondergenehmigung? ganz einfach. nachdem man eine reisegewerbekarte erworben hat, beantragt man die sondergenehmigung diese wird dann n i c h t erteilt! (eine ausnahme wird nur bei tageszeitungen gemacht!) das ist die lage. folgende für uns indiskutable auswege wurden uns empfohlen:

1. als ambulante händler, von aus zu haus und tür zu tür zu eilen. das entspräche dem tieferen sinn und der tradition der reisegewerbekarte. 2. einmal im monat einen informationsstand auf der schildergasse zu beantragen und dann dort die heinzelpress zu verschenken. 3. einen geschäftsmann ausfindig zu machen, der uns erlaubt, auf seinem privatgrundstück die heinzelpress zu verkaufen.

seit drei jahren machen wir die heinzelpress und verkaufen sie auf der straße. auf den straßenverkauf verzichten, hieße eine der wichtigsten funktionen der zeitung zu opfern. wir wollen kein linkes "insiderblatt" machen, sondern eine zeitung für die kölner bevölkerung. auf der straße kann man eine zeitung nicht nur verkaufen, sondern man kann mit den käufern oder nichtkäufern reden, diskutieren, zusätzliche informationen geben, fragen beantworten usw.. diese möglichkeit werden wir uns durch keine "kölner straßenordnung" und durch keine andere bürokratische vorschrift nehmen lassen, die angeblich dem "geregelten zusammenleben" in einer großstadt dienen. ja, wenn wir schmuck, quietschmäuse oder lotterielose verkaufen würden, wäre das "geregelte zusammenleben" nicht gefährdet, aber eine zeitung, noch dazu eine oppositionelle,stürzt köln natürlich ins chaos, wenn sie auf der straße verkauft wird.

wir haben nicht vor, dem ordnungsamt ins offene messer zu laufen und weiterzuverkaufen,als ob nichts geschehen wäre. soweit es uns sinnvoll erscheint, werden wir versuchen, uns im rahmen der bestehenden vorschriften zu bewegen.

auf dem ordnungsamt beteuerte man uns, selbst der herr springer dürfe in köln keine zeitung (außer tageszeitung) auf der straße verkaufen, obwohl er unheimlich scharf darauf wäre. armer herr springer!

wenn die beamten des ordnungsamtes uns gegenüber immer wieder auf die notwendigkeit eines geordneten und geregelten zusammenlebens pochten und ein verkaufsverbot für unsere zeitung als eine unausweichliche, wenn auch vielleicht bedauerliche konsequenz ebendieser ordnung darstellten, so mag das tatsächlich ihrer überzeugung entsprechen. wir sind jedenfalls nicht bereit, derartige behinderungen als ausschließlich verwaltungstechnische frage zu begreifen und zu behandeln. für uns ist dies eine politische frage. deshalb erscheint es sinnlos, mit dem verweis auf "presse" - oder "gewerbe"-freiheit bürokratische zugeständnisse erschleichen zu wollen. wir kämpfen nicht dafür, daß uns der bürokratische apparat großzügige "sonderrechte" einräumt, sondern für das recht, überall und jederzeit frei informieren und diskutieren zu dürfen!

(=heinzelpress)

KÖLN (ID)
2. august

## ALTSTADT - LÄRMSTADT

seit 2 jahren kämpfen die bürger des martinsviertels dagegen, durch die lokale aus ihrem wohnviertel vertrieben zu werden. sie haben sich in der "bürgerversammlung altstadt" zusammengeschlossen und machten schlagzeilen, als sie seinerzeit gegen den willen von stadt und polizei einen parkplatz in einen spielplatz umwandelten - der heute noch besteht. außerdem wurde die errichtung einer fußgängerzone im martinsviertel durchgesetzt. die grundproblematik der anwohner, nämlich,daß auf kosten ihrer lebensqualität und gesundheit einige wirte profite machen können, hat sich nicht geändert. im gegenteil, die stadt vergibt immer mehr konzessionen an neue lokale, der lärm im viertel nimmt immer mehr zu. nachdem es den winter über verhältnismäßig ruhig war, mehren sich jetzt wieder die klagen der anwohner über den lärm aus den lokalen. bis in die frühen morgenstunden schallt aus den offenen türen und fenstern musik und das gejohle der angetrunkenen gäste.dabei ist die rechtslage klar: nach 22 uhr darf aus keinem lokal ruhestörender lärm dringen. während die stadt in der lage ist, jede parkuhr täglich mehrmals zu kontrollieren, entwickelt sie gegenüber den rücksichtslosen profitinteressen der lokalbesitzer eine bemerkenswerte unfähigkeit. wie zum hohn auf die interessen der anwohner halten die wirte nicht nur türen und fenster auf, sondern schenken bei entsprechender witterung bis nach 1.00 uhr auf der straße aus.

ein lehrbeispiel darüber, wessen interessen er vertritt, gab in diesem zusammenhang der vorsitzende der cdu - stadtratsfraktion, dr. meyer. dieser "volksvertreter" scheute sich nicht, seiner verachtung gegenüber dem schlafbedürfnis der arbeitenden bevölkerungim martinsvierteldadurch ausdruck zu verleihen, daß er nachts nach 1.00 uhr gemeinsam mit einigen wirten aus dem viertel am transportablen tresen zechend auf der salzgasse stand.

durch diese unterstützung werden natürlich auch die wirte immer dreister. "ihr braucht euch doch gar nicht weiter zu bemühen," sagte einer der lokalinhaber zu einem der anwohner, "gegen die kräfte, die hinter uns stehen, kommt ihr ja doch nicht an". weiterhin behauptete der wirt, daß der rechtsanwalt eines der gaststättenunternehmer der schwager von "herrn wolfinger" sei. und das war natürlich für dan anwohner besonders interessant, denn herr wolfinger ist der beim ordnungsamt zuständige mann für die vergabe von gaststättenkonzessionen.

insgesamt gesehen wird hier eines der schönsten viertel der stadt in seiner grundstruktur zerstört. zwar wurden eisenmarkt und ostermannplatz jetzt ausgestaltet - aber der letzte von drei lebensmittelläden im viertel wird in wenigen monaten schließen. auch die verbale unterstützung durch einige angehörige der verwaltung hilft den anwohnern nichts, wenn sie nachts nicht mehr schlafen können. während sich die nutten und ihre zuhälter im viertel immer wohler fühlen, werden die anwohner vertrieben. die profitinteressen einiger weniger sind mal wieder wichtiger als die menschlichen bedürfnisse der anwohner.

(= heinzelpress)

KÖLN (ID)
29. juli

## PREISERHÖHUNG DURCH VERKEHRSVERBUND ?

im zuge der eingemeindungen von hürth, brühl, wesseling, rodenkirchen, porz usw. ist für köln ein verkehrsverbund von kvb, kbe, und bundesbahn geplant.

die damit verbundene vereinheitlichung der tarife und eine zusammenfassung und koordination der öffentlichen verkehrsmittel ist an sich ja zu begrüßen. vor allen dingen sollte man ja von solchen rationalisierungen einsparungen für alle beteiligten gesellschaften und damit preissenkungen erwarten. die praktische erfahrung bei ähnlichen zusammenschlüssen zeigt aber das gegenteil.

in frankfurt wurde die einführung des verkehrsverbundes als vorwand für enorme preissteigerungen, teilweise über 150%, genommen.

es ist zu befürchten, daß die herren in den vorstandsetagen von kvb, kbe und bundesbahn auch uns im zuge der einführung des verkehrsverbundes schröpfen wollen, besonders wenn man daran denkt, daß die stadt köln 50 oder 100 mio. dm bei der herstatt-pleite verloren hat. diese gelder waren nämlich zum teil für den ausbau der kvb bestimmt. sollen wir mal wieder die zeche bezahlen? was wir brauchen, ist ein gesamtkonzept für den innerstädtischen verkehr, das durch nulltarif die öffentlichen verkehrsmittel attraktiver macht und nicht durch stadtautobahn und parkhäuser noch mehr autos in die innenstadt holt.

(= heinzelpress)

HAMBURG (ID)
1. august

## FILME AUS DER /FÜR DIE BEWEGUNG

das verleihprogramm 1974 des "zentralen filmverleih" ist erschienen - mit einem umfangreichen angebot an material aus der bewegung. beispiele: "allein machen sie dich ein" ( rauch-haus), "die fabrik ist da, wo die arbeiter sind", "lip" u.a. wenn genossen aus stadtteilgruppen etc. interesse daran haben, filme bei versammlungen zu zeigen, richten sie sich an: zentral film verleih hamburg 2 hamburg 36, karl muck platz 9, telf. 040/345544.

MÜNCHEN (ID)
26. juli

SELBSTBESCHREIBUNG: FILMCLUB DER STUDENTEN

1.800 studenten wohnen in der betonwüste des studentenviertels im olympiadorf. um durch kommunikationsmöglichkeiten die wohnsituation erträglicher zu gestalten, wurde der bau eines gemeinschaftszentrums in angriff genommen, für das auch eine projektionsanlage vorgesehen war. daraufhin fand sich ein kreis filminteressierter studenten zusammen, aus dem sich nach und nach eine feste gruppe entwickelt hat.

wir übernahmen es, zu planen und aufzubauen. seit kurzem steht uns nun eine kombinierte anlage, bestehend aus 35-mm-maschinen mit 16-mm-vorsatzprojektor, zur verfügung.

im frühjahr 1974 begannen wir mit vorführungen. damals nur mit einem altersschwachen 16-mm-projektor. unter ständigen technischen improvisationen wurde ein programm mit bestimmten schwerpunkten konzipiert. wir zeigten u.a. französische filme der nouvelle vague (godard, rohmer) und neue deutsche filme (schroeter, kluge, kückelmann, günther, ddr-filme).

auch in zukunft werden wir bei der programmgestaltung schwerpunkte setzen, d.h. mindestens zwei filme gegenüberstellen, damit die zuschauer querverbindungen herstellen können und den film nicht als vereinzeltes kunstwerk betrachten, sondern als produkt, das sich einer spezifischen gesellschaftlichen situation verdankt. dazu dienen auch informationsblätter zu den einzelnen filmen sowie diskussionen nach den vorstellungen.

wir betrachten uns als unabhängige spielstelle, wie es sie in der brd als kommunale kinos, studenten-filmclubs und filmkunststudios gibt. wir betrachten den film nicht als ware, da wir nicht gezwungen sind, den in ihm steckenden tauschwert zu realisieren. bei uns steht sein gebrauchswert, der für uns erkenntniswert bedeutet, im vordergrund der filmarbeit.

zu den anderen in münchen arbeitenden unabhängigen spielstellen wie stadtmuseum, independent film center und iff sehen wir uns als ergänzung, jedoch als alternative zu den kommerziellen filmtheatern, insbesondere zu denen, die mit dem anspruch, filmkunsttheater zu sein, einem nebulösen bürgerlichen kunstbegriff nachlaufen, auf dieser basis kommerzielle filmverwertung betreiben.

(= filmclub der studenten im olympiazentrum)

## AUSLAND

ZÜRICH (ID-CH)
29. juli

STRAFAKTION GEGEN DIE MOBAG

3 tage nach der räumung der hegibach-häuser durch die polizei (siehe id nr. 45) erhielt die besitzerin der liegenschaft, die immobilienfirma mobag, die quittung: in der nacht vom sonntag/montag gingen in den büros ihrer zentralverwaltung an der forchstraße 2 jumbo-mollis hoch, der sachschaden beträgt eine halbe million franken. ein pressekommuniqué, das offensichtlich im hause auf mobag-schreibpapier getippt worden war, enthielt folgende erklärung:

"heute, sonntagabend, wurde die mobag in zürich für ihre mieterfeindliche politik bestraft, die sie mit ihrer brutalen abbruchaktion am hegibachplatz einmal mehr öffentlich demonstriert hat. alle wissen, daß diese freche zerstörung von wohnraum nur der anfang einer riesigen abbruchwelle ist und daß der sogenannte baustop ein betrug gewesen ist. aber wir wissen auch ebenso sicher, daß wir uns nicht aus unseren wohnungen schmeißen und aus der stadt vertreiben lassen, wir wissen, daß der widerstand angefangen hat. gegen kapitalisten, spekulanten und immobiliengangster: der mieterkampf geht weiter:"

ein sprühspruch in der eingangshalle der mobag forderte: freiheit für die gefangenen! von den 28 während der räumungsaktion verhafteten genossen befinden sich noch die meisten in haft.

inzwischen versucht die bewegung, sich wieder zu formieren: am samstag fand eine solidaritätsdemonstration für die gefangenen hausbesetzer statt, verbunden mit einer reihe von meetings auf der straße. nächste woche soll eine breite kampagne gegen den häuserabbruch in form von ständen und flugblattverteilungen in verschiedenen stadtteilen anlaufen.

WIEN (ID/OFFENSIV LINKS)
1. august

MIETER GEGEN SPEKULANTEN

am 25. juni 1974 fand eine demonstration von ca. 500 mietern, die vom rausschmiß bedroht waren, statt. zur zeit sind in wien über 4.000 mieter aus ihren wohnungen gekündigt worden. die betroffenen mieter haben sich in der aktion gegen abbruchspekulation zusammengeschlossen, um organisiert gegen die abbruchspekulation vorgehen zu können: die mieter schätzen, daß etwa 300.000 altbauwohnungen in wien gefährdet sind, die jederzeit niedergerissen werden könnten, wenn es den interessen des hauseigentümers entspricht.

die vorläufer dieser aktion gehen bis ins jahr 1971 zurück: damals wurden 177 parteien der "jubiläumshäuser" in ottakring gekündigt. der hauseigentümer machte als begründung "wirtschaftliche abbruchreife" gültig. die erfahrungen, die die mieter im kampf gegen das kündigungsurteil gemacht haben, waren typisch:

daß der neue hausherr das objekt gerade wegen der wirtschaftlichen abbruchsreife unmittelbar vor der aufkündigung der mieter erstanden hatte.

daß auf die petitionen der mieter die gemeinde wien (in dem fall an den damaligen bürgermeister slavik) eine reihe von nichtssagenden unverbindlichkeiten von sich gab, die am dicken ende (räumung) natürlich nichts änderten.

daß die gemeinde, abgesehen von ihren unverbindlichkeiten ("wir würden ja die häuser kaufen, aber der eigentümer will abreißen, da sind wir machtlos"), mit denen sie ihr angebliches interesse an der erhaltung der häuser vorzugaukeln suchte, ihr tatsächliches interesse über das gemeindeeigene wohnungsunternehmen gesiba wirksam zum durchbruch brachte: das interesse an abbruch und neubau, das der gesiba weit profitabler erschien und das schattenboxen der gemeinde. "wer ist stärker: ich oder ich?" mitentschied zugunsten ihrer rolle als baukapitalisten.

daß die zum teil widersprüchlichen bestimmungen des mietengesetzes letztendlich doch die interessen der herrschenden klasse vertreten, weil die bürgerliche justiz ihren klassencharakter weder verbergen kann noch will.

nach einer reihe vo n prozessen, in denen ein gutachter nach dem anderen auftrat, ein rechtsanwalt den anderen ablöste, ein richter den nächsten - kurz der ganze langsame apparat der bürgerlichen legalität bemüht wurde - jedenfalls hatten die mieter die wohnu ngen zu räumen und obendrein noch die prozeßkosten zu tragen.

dieser fall ist, wie gesagt, kein einzelfall. da sich immer mehr mieter gegen die bisher klaglos ablaufende praxis der abbruchspekulation organisiert zur wehr setzten, sind ihnen sogar schon einige erfolge gelungen. so etwa im fall der häuser am judenplatz, wo die mieter sich die erhaltung ihrer wohnungen erkämpfen konnten.

die aktion gegen abbruchspekulation, eine selbstorganisation der mieter, kam nun zustande, weil immer mehr mieter erkennen, daß sie ihre situation nicht isoliert lösen können: der kampf kann nicht beschränkt werden auf das einzelne haus, er muß das system der abbruchspekulation als ganzes bekämpfen. die demonstration, an der vertreter aller betroffenen häuser teilnahmen, war der ausdruck dieses bewußtseins. nachstehend drucken wir den offenen brief der aktion an die gemeinde ab:

sehr geehrter herr bürgermeister gratz, sehr geehrter herr vizebürgermeister pfoch,

wir stehen als bedrohte mieter vor ihnen. über 4.000 von uns sind unmittelbar von der abbruchspekulation betroffen. wir sollen aus unseren wohnungen vertrieben werden. aber auch die bewohner von weiteren 300.000 wohnungen haben keinerlei garantien, daß sie nicht in die gleiche lage kommen werden. gerade jetzt erfahren wir am eigenen leibe, wie sich täglich die profitinteressen der spekulanten gegen unsere interessen als bewohner durchsetzen und das, obwohl wir immer wieder die offiziellen beteuerungen hören, die wohnung wäre keine ware und kein spekulationsgegenstand. irritiert stellen wir fest, daß wir sowohl von privaten als auch von öffentlichen spekulanten bedroht sind.

in dieser sit uation haben wir uns entschlossen, von ihnen als unseren gewählten vertretern rechenschaft zu verlangen. zur durchsetzung unserer interessen stellen wir die forderungen auf:

"rücknahme aller kündigungen, rücknahme aller rauswürfe, instandsetzung aller wohnhäuser, unsere steuergelder für die instandsetzung unserer wohnhäuser, rigorose kontrolle des bauzustandes aller wohnhäuser, keine armenfürsorge, sondern mieterkontrolle in allen wohnungsangelegenheiten, rechenschaftspflicht der öffentlichen hand gegenüber der mieterkontrolle."

bezeichnend war das verhalten der "stadtväter": zwar war der neue bürgermeister im rathaus anwesend, aber der gute gratz weigerte sich, die einladung der mieter, vor ihnen am rathausplatz rede und antwort zu stehen; das wäre doch zuviel der demokratie gewesen. er schlug vielmehr vor, einen zwanglosen kaffeeplausch mit vier oder fünf abgesandten der demonstration im verschlossenen rathauskämmerchen durchzuführen, ein verhalten, das von den demonstranten mit sichtlicher empörung abgelehnt wurde. denn daß dieses plauderstündchen keine ergebnisse bringt, haben die meisten von ihnen schon mehrfach erlebt, als sie sich noch vertrauensvoll an "ihre vertreter im rathaus" vor der aufkündigung gewandt hatten.

ÖSTERREICH (ID/OFFENSIV LINKS) ARBEITSKÄMPFE

25. juli

es scheint in unternehmerkreisen mode zu werden, betriebsräte zu entlassen. österreichs größte spedition, die intercont, hatte beim einigungsamt um die zustimmung zur entlassung des betriebsratsobmannes angesucht. die angegebenen gründe waren zwar nicht stichhaltig, was aber das einigungsamt nicht hinderte, der firmenleitung einen gefallen zu tun . (das wird anscheinend auch mode, siehe hukla - id nr. 45). es fällte ein versäumnisurteil. der termin in der verhandlung und die vorladung dazu fielen in den urlau b des betriebsratsobmann, der daher nicht anwesend war. in diesem falle wird der tatbestand gar nicht geprüft, sondern dem anwesenden prozeßgegner recht gegeben.

besagter betriebsratsobmann hatte die "frechheit" gehabt, in die lohnlisten der angestellten einblick haben zu wollen. da die betriebsleitung ihm dies stur verweiger-

le, wandte er sich an den verwaltungsgerichtshof und behielt recht. aber bei uns gilt recht nicht, wenn es den unternehmern nicht paßt.

aber ganz so klar ging die sache nicht. die betriebsräte der anderen speditionen solidarisierten sich mit dem entlassenen, im zuständigen sektionsausschuß der gewerkschaft faßten sie kampfbeschlüsse und stellten dem direktor von intercont ein ultimatum.

doch dieser fand einen ausweg. er einigte sich mit dem bereits entlassenen betriebsratsobmann auf eine hohe abfertigung und dieser fand einen ausweg. er einigte sich mit dem bereits entlassenen betriebsratsobmann auf eine hohe abfertigung und dieser stimmte einer einvernehmlichen lösung zu.

dem kollegen kann man gar keinen vorwurf machen, die versuchung war zu groß. aber lernen kann man. nämlich wie unangenehm ein betriebsratsobmann dem unternehmer sein kann; und nicht zuletzt, was geld alles vermag. aber auch, daß man ein urteil des einigungsamtes nicht unbedingt hinnehmen muß.

## 38 STUNDEN FÜR LEHRLINGE !

seit es die 45-stunden-woche gibt, gilt für lehrlinge die 40-stunden-woche. derzeit arbeiten die erwachsenen 42 stunden und ab. 1.1.1975 gilt die 40-stunden-woche, doch von einer verkürzung der arbeitszeit für lehrlinge wollen die unternehmer nichts wissen, bezeichnenderweise weigern sich aber auch die spitzenfunktionäre der gewerkschaften und auch der gewerkschaftsjugend, über entsprechende forderungen zu sprechen. "ist derzeit nicht auf der tagesordnung", lautet die sture antwort.

nun haben die vertreter der gewerkschaftlich organisierten jugendlichen im bereich druck und papier die initiative ergriffen. auf der letzten jugendkonferenz dieser gewerkschaft wurde eine resolution beschlossen, die die herabsetzung der gesetzlichen arbeitszeit für jugendliche auf 38 stunden fordert. dieser beschluß ist eindeutig gegen den willen der jugendführung des ögb zustandegekommen und hat bedeutung für alle branchen. diese forderung ist absolut berechtigt und sollte überall erhoben werden, wo junge gewerkschafter zusammenkommen.

OSLO (XIN HUA/PTS/ID)
11. juli

## NORWEGISCHE ARBEITER STREIKEN

arbeiter des hydrochemischen werkes norsk hydro begannen am 9.6. gegen die ansteigenden preise und wegen lohnforderungen einen streik.

es ist der größte streik in der hydrochemie seit 26 jahren, und kostet etwa 680.000 dollar pro tag. die arbeiter verlangen 30% lohnerhöhung, um die angestiegenen preise auffangen zu können. das jedoch wiesen die chefs zurück. dann begann der streik. (norsk hydro ist einer der größten konzerne des landes - die norwegische regierung ist großaktionär).

während des streiks schlossen sich den arbeitern von norsk hydro andere aus fabriken in porsgrunn, heroya, nottodon und anderen orten dem kampf an.

JOHANNESBURG (ID/PTS/IL MANIFESTO)
17. u. 18. juli

## SCHWARZE SÜDAFRIKANER WEHREN SICH

die schwarzen arbeiter dehnten ihren kampf um höhere löhne und gegen die schlechten arbeitsbedingungen auf drei provinzen des landes aus.

3.000 arbeiter zwangen 11 fabriken zur schließung. sie verließen demonstrativ die fabriken, um lohnerhöhungen zu fordern. lohnerhöhungsstreiks führten arbeiter auch am 9. juli in durban durch, einer wichtigen hafenstadt in der provinz natal. 300 scheuerleute forderten zudem noch gefahrenzulage und protestierten gegen die täglichen beschimpfungen (kaffir, und andere beleidigungen, die die bantus betreffen).

im orange freistaat zogen die streikenden der staatlichen maschinenbaugesellschaft in der welkom-region aus den fabriken aus, da sie über die geringen lohnerhöhungen, die ihnen durch das bantu-arbeitergesetz zusteht, unbefriedigt waren. zudem begannen am 15. juli 600 minenarbeiter der goldminen im orange-freistaat einen streik.

in einer vorstadt von johannesburg begannen ebenfalls 750 arbeiter einer möbelfabrik, 300 arbeiter einer tor- und zaunfabrik und die arbeiter einer fertighausgesellschaft am 15. juli einen streik.

diese streiks bilden mit die zweite große streikwelle in den letzten 8 wochen. die meisten der streikenden fordern 10,5 % lohnerhöhung, was im august, vom wirtschaftsrat gebilligt, ausgezahlt werden soll. mit der härte und dem ausmaß der streiks konfrontiert, baten die großen chefs, die sich normalerweise weigern, mit streikenden, um so weniger mit schwarzen streikenden, zu verhandeln, sofortige verhandlungen mit ihnen an. in der tat haben einige gesellschaften, die die steigende wut der unterbezahlten sehen, schon im juli begonnen, höhere löhne auszuzahlen.

AJACCIO, KORSIKA (ID/PTS)
27. juli

## KORSISCHE BAUERNFRONT ÜBERNIMMT VERANTWORTUNG FÜR SPRENGSTOFFANSCHLAG

nachdem man fünf monate lang nichts mehr von ihr hörte, übernahm die korsische bauernbefreiungsfront (fpcl) mit brief vom 17. juli an eine lokalzeitung die verantwortung

für die explosion am 14. juli im neuen ,polizeihauptquartier in pietrosella am golf von ajaccio.

die fpcl erklärt: "an diesem tag, dem 14. juli 1974, feiern wir den französischen nationalfeiertag, indem wir das neue polizeihauptquartier in pietrosella, das ein symbol der kolonialen unterdrückung ist, zerstören. diese explosion wird vorerst die letzte sein, weil wir einen provisorischen bombardement-frieden während der touristensaison aus zwei gründen beschlossen haben: 1. um die sicherheit der nächtlichen spaziergänger nicht zu gefährden und zugegebenermaßen 2., um nicht die profitable sommersaison der hotelbesitzer und der korsischen kaufleute zunichte zu machen.

am 18. juli explodierte dennoch eine bombe in der societe generale-bank in ajaccio, die großen schaden verursachte, allerdings auch an drei autos. eine ähnliche bombe wurde von der gruppe giustizia paolina in einer anderen filiale der gleichen bank in ajaccio in der nacht vom 8. auf den 9. juli gelegt.

der fcpl, die letzten januar vom ministerrat aufgelöst wurde, werden 18 bombenangriffe zugeschrieben. der erste fand letzten august gegen ein italienisches boot statt, das roten schlamm - einen hypertoxischen industrieabfall - vor der korsischen küste ablud. monate davor schon protestierten viele korsen gegen diese praxis. dennoch wurden jeden tag 3.000 tonnen von dem roten gift im meer abgeladen. am 13. august explodierten die sprengladungen, die an den seiten des schiffs scarlino II angebracht waren. wie " le monde" im september berichtet e, gab der vorsitzende des "anti-roten-schlamm-komitees" nach dem angriff eine erklärung ab: "obwohl es vielleicht einige leute überraschen wird, müssen wir sagen, daß wir keineswegs die aktion gegen die firma montedison mißbilligen, die jetzt 18 monate lang ihren abfall vor unserer küste ins meer wirft. die italienische regierung ist komplice dieses verbrechens, und genauso schlimm ist die passivität der französischen regierung. es überrascht nicht, daß die leute, nachdem sie vergeblich versucht haben, mit friedlichen mitteln ein ergebnis zu erreichen, jetzt zur gewalt greifen".

am 20. januar dieses jahres wurde eine polizeiaktion gegen die fpcl durchgeführt. viele leute wurden zum verhör festgenommen, zwei wurden 14 tage im staatssicherheitsknast festgehalten. korsische gewerkschaften und autonomisten protestierten vehement gegen den willkürlichen polizeiterror, der schließlich beendet werden mußte, weil es keine beweise gab.

am 20. märz , 4 tage bevor premierminister messmer zu einem staatsbesuch eintreffen wollte, machte die gruppe giustizia paolina einen spectakulären anschlag auf eine caravelle (düsenclipper) in bastia. in der zeit zwischen dem 21. märz und dem 10. juli erklärte sie sich für 13 weitere anschläge verantwortlich.

BARCELONA (ID)
29. juli

## REVOLUTIONÄRE GEWALT GEGEN DEN ALLTÄGLICHEN TERROR DES STAATES IN SPANIEN

am 8. juli begann in barcelona ein neuer prozess vor dem kriegsgericht gegen zwei mitglieder der "revolutionären iberischen befreiungsbewegung" (mil): oriol solé sugranyes (25 jahre) und josé luis pons llobet (18 jahre alt), der bereits von dem gericht zu 30 jahren verurteilt worden war, das puig antich zum tod verurteilt hatte.

die taten, um die es in der verhandlung geht, sind zwei überfälle auf dieselbe bank: die sparkasse von cerdanya.

nach dem bericht des staatsanwalts nahm sich am 14. september 1972 oriol solé mit zwei anderen nicht identifizierten leuten unter waffendrohung von dieser bank 735.000 peseten (etwa 37tausend mark).

genau ein jahr später, am 14. september 1973, begab es sich, daß die angestellten der sparkasse ein gedächtnisfest feierten und zu ihrer überraschung dabei erneut überfallen wurden. diesmal waren die täter oriol solé, pons und ein dritter genosse, der fliehen konnte. die beute betrug 562.000 peseten (etwa 28tausend mark). auf der flucht schoß die guardia civil den genossen pons an und verhaftete ihn später zusammen mit solé.

der staatsanwalt forderte folgende strafen: für oriol solé 25 jahre knast für jeden der beiden überfälle, 8 jahre für beleidigung des militärs und 2 jahre wegen ungehorsams gegenüber demselben (insg. 60 jahre); für pons 20 jahre für den 2. überfall und 1 jahr wegen ungehorsams.

juan antonio sardá antón, solés verteidiger, qualifiziert die beiden ersten delikte als raub mit einschüchterung von personen und beantragt 6 monate knast unter anwendung eines artikels des militärischen justiz-kodex, der sich bezieht auf "handlungen unter moralischen, altruistischen oder patriotischen motiven". laut sardá existieren die beiden anderen delikte deshalb nicht, weil sie aus den ersten beiden resultieren.

josé-oriol arau, verteidiger von pons llobet, qualifiziert ebenso das delikt von 1973 als raub mit einschüchterung von personen und fügt die "altruistischen motive" an, er fordert daher einen monat und 1 tag arrest.

die beiden verteidiger berufen sich auf strafmilderung deshalb, weil das ziel der beiden überfälle folgendes war: der von 1972 sollte zur finanzierung der "front freies portugal" dienen, der von 1973 für die arbeiter von lip in besancon sein.die zeugen, (bankangestellte und bullen)

wurden gemeinsam von staatsanwalt und verteidigern geladen, abgelehnt allerdings wurden die von den anwälten geforderten zeugen herbert marcuse, rudi dutschke, cohn-bendit, maurice piaget von lip, rudolf augstein und manuel do rio von der "front freies portugal".

als bei der ersten verhandlung ein anwalt den ermordeten genossen puig antich zitierte, riefen die beiden genossen revolutionäre parolen: daraufhin wurde der saal geräumt und es wurde ohne die beiden weiterverhandelt.

das urteil von 60 jahren und 21 jahren wurde inzwischen gefällt.

eine woche vorher verübten die "gruppen der revolutionären internationalistischen aktion gari" eine reihe von attentaten. diese gruppen wurden nach dem mord an puig antich gebildet, sie verstehen sich als verbindendes element für alle gruppen und organisationen, die die rekonstruktion der anarcho-syndikalistischen bewegung zum ziel haben:
eine andere an, die eines staates durch einen anderen, einer macht durch eine andere, sondern die beseitigung jeder regierung, jedes staates, jeder macht."

sie benutzen in ihrem kampf "die revolutionäre gewalt gegen den täglichen terror des staates", sie wollen diesen kampf auf ganz europa ausdehnen, auch auf die "demokratischen" länder; nach der entführung des bankdirektors suárez am 3. mai in paris diskutierten sie eine intervention in italien im fall valpreda und in der brd die befreiung der raf-genossen. ihre letzten aktionen waren:
- malaktion in toulouse an reklame-wagen der tour de france. die folge war, daß die bullen in ihrer nervosität z.b. journalisten verprügelten (14.7.)
- explosion von zwei bomben in einem spanischen postbüro in andorra (nacht vom 14. auf 15.7)
- explosionen in saint lary, die 6 reklame-autos der tour de france zerstörten (darunter eins der französischen presseagentur) und ein motorrad von itt.
- brief an die zeitung "depeche du midi", in dem der rücktritt der spanischen rennfahrer unter schweren drohungen gefordert und die tour de france denunziert wurde als "obszöne demonstration des internationalen kapitalismus, in der die radfahrer simple lakaien sind" (nacht vom 15. auf 16.7.)
- explosion einer zeitbombe in einem waggon des zuges paris-madrid im pariser bahnhof austerlitz (nacht vom 15. auf 16.7.)
-brandstiftung an 13 bussen von pilgern in lourdes, die völlig ausbrannten (16.7.).
in keinem der attentate wurden personen verletzt.

(aus der links-liberalen zeitschrift cambio 16, die in madrid erscheint)

PORTUGAL (ID/UNITA)

16. juli

## OFFIZIERE IN PORTUGAL WERDEN GEWÄHLT

der korrespondent von l'unita weist auf ein neues dekret hin, wonach die offiziere der portugiesischen streitkräfte gewählt werden sollen; das dekret ist sofort wirksam geworden. so wurde major de carvalho auf beschluß der offiziere der bewegung der streitkräfte zum brigadegeneral ernannt, womit er die ränge des oberst-leutnant und des oberst übersprungen hat.

de carvalho (damals noch hauptmann - er avancierte in den folgenden tagen zum major) hatte im auftrag der "gruppe der hauptleute" order, die aktion am 25. april militärisch zu organisieren und zu leiten. seine ernennung nun zum brigadegeneral ist keine belohnung für die damalige aktion; sie hat sich als notwendig erwiesen, um dem jungen general sehr wesentliche aufgaben zu übertragen: die des stellvertretenden kommandanten des "operations-kommandos auf dem festland" und die des kommandanten des militärbezirkes von lissabon.

ANGOLA (ID/IPS)

22. juli

## RASSISTISCHE GEHEIMARMEE IN ANGOLA

mitglieder eines bürgerkommitees, das in luanda nach pogromen vom 11. und 12. juli gebildet wurde, äußerten in madrid ihre große besorgnis über das ständige wachstum einer "geheimarmee" weißer rassisten auf dem territorium der portugiesischen kolonie angola. zwei mitglieder dieses kommitees, jose luis arujo falier und luis silva, berichteten über die ereignisse und ihre gespräche in lissabon mit präsident spinola und general da costa gomez .

sie sagten, sie hätten von der portugiesischen regierung die sofortige verhaftung aller mitglieder des sicherheitsdirektoriums (general directorate of security - dgs) in angola verlangt, sowie die entlassung des provinz-gouverneurs , severino silvero marquez, den sie für die todesopfer während der ausschreitungen verantwortlich machen. general da costa gomez hatte den beiden mitgeteilt, im moment sei es nicht möglich, die dgs aufzulösen , und zwar wegen ihrer polizeifunktionen auf nicht-politischem gebiet, aber daß er eine eigene untersuchungskommission nach angola gesandt habe.

das bürgerkommitee, das aus sieben mitgliedern besteht- darunter einem weißen - , wurde von einer bürgerversammlung in luanda gewählt. die beiden vertreter teilten mit, daß weiße siedler und einige schwarze in zusammenarbeit mit der dgs eine geheimarmee von 2o.ooo mann organisiert haben, die sich vereinigter angolischer widerstand (rva) nennt. ein portugiesischer reserve-offizier, jose maria mendoca, ist der führer der weißen terroristen, die von süd-afrika unterstützt werden. "mendoca erhält seine befehle aus süd-afrika und arbeitet mit der dgs zusammen", sagte falier.

inserate in einer in luanda erscheinenden zeitung werben auch jetzt noch für die rva. einer der größten ausbildungsplätze der geheimarmee liegt auf einem grundstück, das ein führendes metallunternehmen, metallurgica duarte ferreira, zur verfügung stellt.

die beiden sprachen auch über eine separate unabhängigkeitsbewegung in cabinda, einer enklave an der küste von zaire, die unter jurisdiktion der angolanischen kolonialregierung steht. die meisten angolesen seien dagegen, daß dieses gebiet unabhängig erklärt werde. cabinda könnte wegen seiner immensen bodenschätze (Erdöl und gold) und seiner gut entwickelten industrie zu einem "zweiten kuwait" werden.

das bürgerkommitee beschuldigt die dgs, kriminelle elemente für ihre politischen aktivitäten mit der drohung zu benützen, daß diese sonst ins gefängnis müßten. die dgs ermutige auch kämpfe zwischen schwarzen, um das image einer politisch unreifen bevölkerung zu schaffen.

MOZAMBIQUE (ID/IPS)

[illegible]. juli

## PORTUGIESISCHE SOLDATEN WEIGERN SICH ZU KÄMPFEN

tausende afrikanischer und weißer soldaten weigern sich, gegen guerillas im nördlichen mozambique zu kämpfen. man kann dies als eine revolte innerhalb der reihen der portugiesischen armee hier im land bezeichen. in den letzten tagen haben in 3 fällen junge offiziere und soldaten es abgelehnt, nach dem norden in die kriegszone zu gehen oder die kaserne zu verlassen, um zu kämpfen.

wie aus militärkreisen verlautet, hat die portugiesische armee praktisch alle offensiv-operationen eingestellt und beschränkt sich darauf, strategische straßen und eisenbahnen offen zu halten. nach denselben quellen ist man dabei, mit den guerilla-führern der frelimo eine feuereinstellung auszuhandeln, und man nimmt an, daß die kämpfe innerhalb der nächsten paar wochen eingestellt würden. aber es sieht so aus, daß ein de-facto-waffenstillstand noch viel früher kommen wird und zwar als ergebnis der weigerung der portugiesischen offiziere und ihrer truppen, den krieg fortzusetzen.

nach berichten aus nampula, dem militärhauptquartier im norden, haben einige tausend afrikanische und weiße soldaten, die eben die grundausbildung in lourenco-marques beendet hatten, sich vorige woche geweigert, ihre kasernen in richtung kriegszone zu verlassen. ein ähnlicher vorfall spielte sich in der boane-garnison ab, als am 17. oder 18. juli zweitausend bis dreitausend soldaten und ihre offiziere klarstellten, sie würden sich nicht nach dem norden in den kampf schicken lassen. in der folge erklärte das personal im militärspital von lourenco-marques seine unterstützung für die boane-garnison und gab ein kommunique heraus, in dem es heißt, auch sie würden nicht nach dem norden gehen oder gegen die frelimo-guerillas kämpfen, "die wir als die einzig wahren vertreter mozambiques ansehen".

viele der jungen offiziere und soldaten stehen hinter der bewegung der streitkräfte. unter ihnen scheint wenig begeisterung für das von präsident spinola vorgeschlagene referendum zu herrschen, mit dem mozambique durch eine form von föderation an portugal gebunden werden sollte. sie sind hier eher für eine direkte übertragung der macht an die frelimo.

einige portugiesische offiziere und auch zivilbeamten sollen kontakt mit frelimo-führern aufgenommen haben, um lokale übereinkommen und feuereinstellungen auszuarbeiten.

(korrespondentenbericht aus lourenco-marques)

USA (ID/IPS)

1. august

## GROSSTEIL DER US-HILFE FÜR DIKTATUREN

militärdiktaturen und autoritäre regimes werden mehr als zweidrittel der 7,5 milliarden dollar auslandshilfe bekommen, die nixon für das fiskaljahr 1975 bewilligt bekommen will, erklärte senator cranston. von den 94 regierungen, die unterstützungen erhalten sollen, sind 57 "ein-mann- oder ein-parteien-herrschaften oder ausgesprochene polizei-staaten, einschließlich 18 regimes, die das state department selbst als militärdiktaturen qualifiziert".

die ziffern, die cranston bekannt gab, zeigen, daß süd-vietnam 2,4 milliarden dollar, kambodscha 551 millionen, griechenland 71 millionen, chile 85 millionen, ägypten 253 millionen dollar bekommen sollen; außerdem sind für süd-korea 416 millionen, indonesien 221 millionen, taiwan 80 millionen, pakistan 123 millionen, äthiopien 48 millionen und marokko 49 millionen dollar vorgesehen.

GUATEMALA (ID)

22.juli

## MINDESTENS 700 POLITISCHE GEGNER SEIT 1970 ERMORDET

die interamerikanische kommission für menschenrechte beschuldigte die regierung von guatemala fortgesetzter verletzungen der menschenrechte. in einer resolution werden folgende anklagen erhoben:

- seit nov. 1970 (datum, seit dem der ausnahmezustand in guatemala herrscht) wurden mindestens 700 morde mit politischen hintergründen verübt. die mörder erhalten die totale unterstützung der regierung, sodaß sie ungestraft ihren terror ausüben können.

- da seitens der regierung guatemalas der menschenrechts kommission auf deren anfragen hin keine informationen gegeben wurden, forderte sie u.a. gewerkschaften auf, ihre anschuldigungen zu konkretisieren. als antwort wurden listen mit namen von 700 verschwundenen der kommission eingereicht.

diese liste wurde der regierung vorgelegt, wonach lediglich 7 todesfälle seitens der regierungsverantwortlichen zugegeben wurden.

CHILE (ID/PRENSA LATINA) INFLATIONSWELTMEISTER

20. juli

der wirtschaftsminister der chilenischen militärjunta, fernando leniz, ermunterte die unternehmer des landes, ihre "führungsrolle"in der gegenwärtigen phase auszuüben. "jetzt können sie die rolle spielen, die sie gewünscht haben", sagte leniz zu über 800 privatunternehmern, die in santiago eine zusammenkunft abhielten, um ihre rolle in der wirtschaftspolitik der militärregierung zu bestimmen. leniz erinnerte daran, daß die unternehmer jahrelang geklagt hatten, über die tendenz zur verstaatlichung, die unter den regierungen vor dem putsch zu beobachten war.

der wirtschaftsminister, einer der drei zivilisten in der regierung, verglich die vergangene mit der jetzigen situation in der sich die privatunternehmer zur wichtigsten stütze der militärregierung gewandelt hatten.

die militärjunta veröffentlichte ein dekret betreffend ausländische investoren, mit dem versucht werden soll, möglichst viel fremdkapital ins land zu bringen.

"beide, die ausländischen und einheimischen unternehmer werden den grundstein bilden, auf dem das von der militärjunta gewünschte wirtschaftsmodell stehen wird, " meinte leniz, erinnerte zugleich aber daran, daß die jetzige krise in chile tatsächlich noch einige zeit andauern wird. "das land erlebt eine zeit der anpassung, deren auswirkungen alle chilenen ertragen müssen."

die inflation galoppiert weiter, erreichte 145,6% während des ersten halbjahres. sie hat damit längst die durch die junta im mai und juni verordneten lohnerhöhungen (zwanzig prozent und dreißig prozent) mehr als zunichte gemacht. auch sind eine viertelmillion chilenen ohne arbeit.

um die inflation zu bekämpfen, deren ursache von den verantwortlichen in den hohen verwaltungskosten gesehen wurde, reduzierte die militärjunta das verwaltungspersonal, sodaß ende d. j. 100.000 öffentliche bedienstete ohne arbeit sein werden. die lösungsversuche, um die ehemaligen staatsbeamten vor dem elend zu bewahren, werden immer seltsamer. für die im juni d.j. entlassenen beamten des erziehungsministeriums und die weiteren auf der kündigungsliste stehenden wurden 10.000 pkw's aus dem fuhrpark des staates "entlassen. diese pkw's werden den entlassenen staatsbediensteten zur verfügung gestellt, natürlich nicht umsonst. die jetzt arbeitslosen müßten die autos kaufen. bis jetzt hat kein staatsfunktionär gesagt, mit welchem geld die arbeitslosen sich diese generös zur verfügung gestellten wagen kaufen können.

der ex-wirtschaftsberater der militärjunta, orlande sáenz, der jetzt bei den vereinten nationen arbeitet, erklärte, daß bis ende 1974 die arbeitslosenziffer 11% überschreiten soll. sáenz erklärte weiter, daß die ersten todesfälle durch verhungern in chile zu beklagen sind.

KOLUMBIEN (ID) US-ORGANISATION STERILISIERT KINDER

15. juli

die us-organisation "emigos de las americas" mit sitz in houston (texas), die in verschiedenen staaten lateinamerikas arbeitet, wurde in kolumbien angeschuldigt, kinder sterilisiert zu haben.

das sterilisationsprogramm war eingebettet in hilfsangebote wobei der milch, die kindern aus armen familien im department von meta (östlich kolumbien) gegeben wurden medikamente beigegeben wurden, die eine sterilisation herbeiführen.

eine andere gruppe der "freunde amerikas" die in der ortschaft villeta arbeitet, kam vor einigen wochen aus nicaragua an. sie besteht aus 12 personen und hier benutzte man kostenlos durchgeführte massive impfungen gegen masern,um gleichzeitig sterilisationsstoffe beizugeben. es wird geschätzt, daß mind. 2.000 kinder in der gegend von villeta während der impfungen gleichzeitig sterilisiert wurden.

die proteste seitens der bevölkerung müssen so stark gewesen sein, daß jetzt die kolumbianische regierung die tätigkeit der "freunde amerikas" verboten hat.

MEXICO (ID/PRENSA LATINA) NAHRUNGSMITTELKRISE

29. juli

die nahrungsmittelkrise in mexico bewirkt einen mangel an produkten wie mais, bohnen und reis und erzwang dieses jahr den import von getreide für 500 mio dollar.

die gattin des staatspräsidenten ordnete neulich eine soziologische untersuchung in einer gegend des landes an, wo 90% der bevölkerung an hunger, unterernährung und parasitosis leiden .

die sozialistische partei (partido popular socialista) teilte mit, daß "10% des bedarfs an mais fehlen, 20% des an weizen, 30% des an ölfrüchten und 50% des milchbedarfs".

weiter heißt es, daß sich die "ernährungsprobleme verschlimmern durch die unkontrollierte ausfuhr von rindern nach den usa, allein 73/74 1 mio 700 tausend stück".
zusätzlich sieht sich die bevölkerung einer verteuerung der grundnahrungsmittel von mehr als 30% gegenüber . eine allgemeine verminderung der anbauflächen geht einher mit ungünstigen klimatischen bedingungen; so wurden 1973 große anbaugebiete im zentrum und südwesten des landes durch überschwemmungen zerstört .

demgegenüber bewirkte eine dürrekatastrophe im nordosten des landes (chihuahua und sonora) dem hauptviehzuchtgebiet, den tod von ungefähr 300tausend rindern.

HAVANNA (ID/PRENSA LATINA)
29. juli

FRAUEN DISKUTIEREN DIE NEUEN FAMILIENGESETZE

die diskussion der thesen des II kongresses der vereinigung kubanischer frauen (fmc) beginnt im ganzen land am 29. juli. die diskussionen beinhalten grundsätzliche fragen, "wie die statuten die rolle der hausfrauen, der arbeiterin, der bäuerin, der jungen frau und ihre stellung in bezug auf revolution und familie im sozialismus." (siehe id nr. 45.)

MARCKOLSHEIM (ID)
1. august

DEUTSCHE UND FRANZÖSISCHE BAUERN GEGEN CHEMIEWERKE

"ich bleibe bei meiner entscheidung, dem bau der "chemische werke münchen" in marckolsheim (elsaß) zuzustimmen", erklärte mitte juni der elsässische präfekt j. sicurani. aber der protestmarsch, am 28. juli von der initiative zur rettung der umgebung von marckolsheim der oberrheinischen bezirksgruppe des französischen naturschützerverbandes organisiert, hat ohne zweifel eine wende herbeigeführt.

die demonstration war zwar ruhig abgelaufen, aber die aufgebrachtheit und die entschiedenheit der 1.500 demonstranten gegen das projekt eines bleiverarbeitenden werkes war nicht zu übersehen. am protestmarsch beteiligt waren außerden marckolsheimern auch die bewohner der benachbarten französischen dörfer, mit traktoren angereiste weinbauern aus dem kaiserstuhl und gemüsebauern aus emmendingen.

eine woche zuvor war ein bulldozzer, der auf dem gelände der zukünftigen fabrik planierungsarbeiten ausführte, durch sabotage stillgelegt worden.

nicht nur der umweltverschmutzende charakter des werkes war anlaß der demonstrationen, sondern auch das verhalten der verwaltung. es ist unglaublich, daß die ansiedlung des werkes gegen den willen der bevölkerung durchgeführt werden soll. eine der häufigsten parolen während der der demonstration war "bürgermeister abtreten, präfekt auswechseln".

der deutsche unternehmer m. rosenthal hatte in st.-avold (mosel) angesichts der feindseligkeit der bevölkerung schon einmal auf den bau des werkes verzichtet, obwohl die ersten arbeiten bereits ausgeführt waren.

DOKUMENT 1

## LIEDER AUS LONGO MAI

"lieder aus longo mai" - so lautete eine veranstaltung der "europäischen pioniersiedlungen" am 29. juni in der wolkenburg. vorgetragen wurden gedichte und lieder, vornehmlich von brecht, biermann, brassens und dem 1934 im kz ermordeten anarchisten erich mühsam. was sind nun diese "europäischen pioniersiedlungen", und was sollte dieser liederabend?

vor einiger zeit fand in der schweiz ein kongress sozialistischer jugendorganisationen statt. bei diesem treffen wurde beschlossen, in allen ländern europas selbstverwaltete produktionsgemeinschaften als beispiele einer friedlichen und freien zukunft aufzubauen.

im protokoll des gründungskongresses hieß es denn auch: "das wichtigste ziel der jugendgemeinschaften ist, durch das freundschaftliche und schöpferische zusammenleben der völker europas experimentelle zonen eines friedlichen und demokratischen europas zu schaffen."

die erste siedlung war longo mai in der provence. in mühevoller arbeit mußte land urbar gemacht werden, wurden längst verfallene bauernhäuser wieder aufgebaut und brunnen gegraben. heute steht longo mai auf eigenen beinen; die landwirtschaftliche produktion umfaßt obstplantagen, gemüseanbau und viehzucht. auf rund 20 ha wächst weizen und das bedeutet 56 to mehl pro ernte - brot für 450 menschen in einem jahr. neben longo mai befinden sich weitere genossenschaften im aufbau. so im misox, einem der täler graubündens, in der pfalz, in den ardennen und in appenzell, wo gerade die wollverarbeitende fabrik "scoptex" die produktion aufgenommen hat.

die jugendlichen aus longo mai und den anderen selbstverwalteten betrieben sind stolz auf ihre leistungen und sie sind auch stolz, daß sie diese leistungen ohne chefs, vorarbeiter und stempeluhren vollbracht haben. die arbeiten werden in gemeinsamen einsätzen bewältigt. jeder trägt entsprechend seinen fähigkeiten und neigungen zusammen mit einer kleinen gruppe die verantwortung für ein spezielles aufgabengebiet. durch aufheben der einseitigen spezialisierung und durch rotation zwischen den einzelnen arbeitsbereichen kann sich jeder den überblick über das leben in der gemeinschaft verschaffen. so ist es möglich, die betriebe demokratisch zu planen und zu führen.

die "europäischen pioniersiedlungen" sind in form von genossenschaften entsprechend dem recht des jeweiligen landes organi siert. sie sind autonom in ihrer planung und verwaltung. in basel ist die koordinationsstelle der siedlungen. dort werden die bedürfnisse und pläne der einzelnen kooperativen aufeinander abgestimmt und material und finanzen zentral beschafft.

durch die "lieder aus longo mai" machten die pioniersiedlungen auf ihre projekte aufmerksam und forderten die zuhörer auf, die genossenschaften mal zu besuchen und für ein paar wochen mitzuarbeiten. denn das ist die politische arbeit der pioniersiedler: durch die beispiele praktischer selbs tverwaltung sollen die ideen eines freiheitlichen sozialismus verbreitet und möglichst viele menschen angeregt werden, sich in ihren bereichen für selbstorganisation, selbstbef reiung und selbstverwaltung einzusetzen

sicherlich kann ein kapitalistisches herrschaftssystem nicht dadurch überwunden werden, daß zwei, drei, viele longo mai geschaffen werden, indem wir uns aus den städten zurückziehen und den kampf in betrieben, stadtteilen und schulen aufgeben. aber produktionsgenossenschaften wie in longo mai und anderswo beweisen, daß freiheitliche selbstverwaltung möglich ist, daß menschen fähig sind, ihre belange im geiste von freiheit und gleichheit selbst zu regeln.

die adresse des koordinationsbüros:
europäische pioniersiedlungen
grellingerstr. 80
4052 basel/schweiz
tel. 061/422499

standorte der europäischen pioniersiedlungen (zum teil im aufbau befindlich):

longo mai in südfrankreich in der provence
misox schweiz/graubünden
appenzell (schweiz)
pfalz (in der nähe von landau, brd)
ardennen (belgien)

—

DOKUMENT 2

## EMIGRANTENSTREIK BEI IMPERIAL TYPEWRITERS (HULL - ENGLAND)

der streik befindet sich nun in der 11. woche. die streikfront ist sehr stark, trotz den ungünstigen bedingungen und der haltung der örtlichen gewerkschaft, des gewerkschaftsbosses der firma, des werkschutzes, der firmenleitung und der nationalfront. der streik fing an, als die asiatischen frauen und männer in der abteilung 61 entdeckten, daß die zulagen seit einem abkommen von 1972 falsch berechnet wurden. konkret heißt das für sie, daß sie seit zwei jahren um 4 pfund (ca. 24,- dm) pro woche

beschissen werden, was bei einem wöchentlichen einkommen von 18 pfund für frauen und 25 pfund für männer eine menge geld ist. es geht allerdings bei diesem streik nicht nur um geld - sondern auch um die ganze arbeitssituation, die nun angeprangert wird. die asiatischen arbeiter werden extrem ausgebeutet, und die produktivität wird dadurch noch erhöht, daß die arbeitskräfte, belogen und betrogen werden. die gewerkschaft t & g hat bis jetzt nichts unternommen, weder auf die forderungen der asiaten gehört, noch die unternehmertaktiken bekämpft. sie hat den streik bis heute nicht offiziell anerkannt, so daß die streikenden immer noch keine sozial-versicherung und unterstützung haben.

george bromley, der für die t & g verhandelt erläutert die situation folgendermaßen: " die arbeiter haben nicht die korrekten spielregeln bei dem arbeitsstreik eingehalten. es existiert keine legitime forderung und es ist schwer, herauszubekommen, was die eigentlich wollen. meiner meinung nach sind es rassenprobleme, allerdings nicht zwischen weißen und farbigen, sondern zwischen asiaten aus asien und asiaten aus afrika. dies ist kein vereinzelter vorfall und diese dinge werden noch jahrelang so weitergehen. aber in einer zivilisierten gesellschaft wird die mehrheit entscheiden. einige leute müssen dann eben lernen, wie so etwas gemacht wird."

george bromley weiß nicht, worüber er redet. den asiatischen emigranten folgten ende der sechziger und anfang der siebziger jahre die ostafrikanischen asiaten, die früher büroangstellte, verkäufer, besitzer kleiner läden oder beamte waren. alle waren und sind bei imperial den gleichen diskriminierungen und ausbeutung ausgesetzt. imperial unterscheidet nur zwischen asiaten (egal woher) und weißen, und nicht nur das managment, sondern auch die gewerkschaft. obwohl 1.100 der 1.600 arbeiter asiaten sind, haben diese nur einen shop steward (betriebsobmann). eine forderung der ersten abteilung war, daß sie ihren eigenen steward wählen können, aber nicht nur um über prämien und produktion zu verhandeln, sondern auch um forderungen in bezug auf waschzeit, teepause, toilettenpause usw. durchzusetzen, wo die asiaten den weißen gegenüber benachteiligt sind.

die streikenden haben durch ihr verhalten bewiesen, daß sie auch ohne die gewerkschaft, die ihre beschwerden ignoriert, aktionsfähig sind. der entscheidenste fortschritt ist das "beschwerdetreffen", eine massendiskussion der streikenden, die auf tonband aufgezeichnet wird und wo die forderungen ausgearbeitet werden. daran kann man sehen, daß allekontinuierlichengagiert sind und den streik solidarisch und konsequent führen.

zur unterstützung der streikenden bei imperial typewriters,wurden auch vor anderen firmen, die littons industries gehören,oder deren waren verkaufen, streikposten aufgestellt. littons, eine multinationale firma in den usa,kontrolliert über imperial typewriters 40% der englischen schreibmaschinenproduktion,und besitzt olympus büromaschinen, triumpf-und allen-schreibmaschinen und london büromaschinen co. ebenso zeigen sie großes interesse an elektronischen geräten und verteidigungsausrüstung, die sie für den einsatz in vietnam produzieren.

die streikenden fordern ein ende des rassismus in den fabriken. die asiaten betonen besonders, daß der streik gegen den rasissmus gleichzeitig ein streik aller arbeiter und arbeiterinnen, schwarzen und weißen gegen die ausbeutung bei imperial, bedeutet. der kampf für gleiche entlohnung der frauen ist ein zentrales moment in diesem streik.